

## **Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik**

### **Grundlegende Ziele und Leitlinien**

Oberste Priorität in der Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren hat die Sicherung und Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Bremen und Bremerhaven sind wirtschaftlich starke Städte und wir wollen mit unserer Wirtschaftspolitik dazu beitragen, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit weiter gefördert wird.

In der maritimen Wirtschaft und Logistik gehört das Bundesland Bremen schon heute zu den Spitzenstandorten Deutschlands und Europas. Begründet durch ein gutes Zusammenwirken zwischen erfolgreich agierenden Unternehmen der bremischen Hafenverkehrswirtschaft und einer vorausschauenden Hafenpolitik, die insbesondere auf eine Erhöhung der Effizienz und der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet war, hat sich ein hohes Wachstum in den Umschlagszahlen entwickelt. Wir wollen, dass die Logistik und der Wirtschaftsstandort Bremen und Bremerhaven weiter gestärkt und ausgebaut werden. Mit den Investitionen in die Hafeninfrastruktur wurden und werden die Voraussetzungen für weiteres Wachstum und mehr Arbeitsplätze geschaffen. Diese Entwicklung gilt es in den kommenden Jahren abzusichern.

Bremen ist der sechstgrößte Industriestandort in Deutschland. In der Automobilproduktion und -logistik nimmt Bremen eine Spitzenposition ein. Die Rahmenbedingungen für die Vernetzung mit der regionalen Zulieferindustrie müssen weiter verbessert werden. In enger Verzahnung der Industrieunternehmen, der wissenschaftlichen Einrichtungen und der Politik hat Bremen auf dem Weg zu einer Modellregion für Luft- und Raumfahrtsysteme eine nachhaltige Bestätigung gefunden. Die enge Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zur Förderung von Exzellenz und Schaffung von innovativen Arbeitsplätzen ist ein Erfolgsfaktor, der weiter ausgebaut werden muss.

Die Lebensmittelindustrie, die Umweltwirtschaft, aber auch der Maschinenbau und die Elektronik leisten wichtige Beiträge für die Vielfaltigkeit der Industrie in Bremen und Bremerhaven.

Die Medien- und IT Wirtschaft sind Cluster, die Bremen und Bremerhaven als innovative Technologieregion prägen. Die Gesundheitswirtschaft und die Touristik bieten mit Blick auf die von ihnen ausgehenden Beschäftigungswirkungen und generierten Umsätze erhebliche Entwicklungspotenziale. Das Potential dieser Standortfaktoren muss nachhaltig gestärkt werden.

Die Erfolge für den Standort Bremen und Bremerhaven sind wesentlich darauf zurückzuführen, dass wir in einem massiven Aufholprozess hohe Investitionen getätigt und mit dem erfolgreichen Strukturwandel Anschluss an die bundesdeutsche Entwicklung erreicht haben. Die strukturellen Defizite konnten an vielen Stellen beseitigt oder verringert werden. Mit dem Auslaufen der Sanierungszahlen haben sich die Bedingungen für die Wirtschaftspolitik und die öffentliche Investitionstätigkeit gravierend verändert. Da künftig nur noch geringere Mittel für die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftsbezogenen Investitionstätigkeit zur Verfügung stehen, ist eine konsequente Prioritätensetzung und eine Konzentration auf Schwerpunkte erforderlich, mit denen der Standort im nationalen und internationalen Wettbewerb aufgewertet und der Strukturwandel gestaltet werden kann.

Unsere Leitlinien sind dabei:

- Es muss sich darauf konzentriert werden, den Bestand und die vorhandenen Stärken der bremischen Wirtschaft weiter zu fördern. Dabei ist an die in Bremen und Bremerhaven bestehenden zukunftsorientierten Cluster und Netzwerken in Industrie, Dienstleistung und Wissenschaft anzuknüpfen.
- Wir wollen den Innovationsstandort Bremen und Bremerhaven stärken. Unser Ziel ist es, das Land Bremen noch stärker zu einer führenden Technologie- und Wissenschaftsregion in Deutschland und Europa zu profilieren, die attraktiv für Arbeitnehmer und Unternehmen ist. Die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft muss weiter intensiviert werden. Dabei muss der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die wirtschaftliche Praxis eine noch stärkere Priorität in der Wirtschaftspolitik erhalten.

- Es muss eine gezielte Nutzung europäischer und nationaler Programme für die Ziele der bremischen Wirtschaft- und Strukturpolitik genutzt werden. Für diese Programme müssen die Komplementärmittel durch Prioritätensetzung bereitgestellt werden.
- Wir wollen, dass sich die Wirtschaftspolitik enger mit der Wissenschaftspolitik und der Arbeitsmarktpolitik verzahnt, um den Investoren und Unternehmen ein Gesamtbündel an Fördermaßnahmen anbieten zu können. Die Förderprogramme müssen stärker auf die Schaffung und Sicherung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ausgelegt werden.
- Der Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik muss auf die Unterstützung von „Klein- und Mittelständischen Unternehmen“ (KMU) ausgerichtet werden. Dabei sollten Frauen und Migranten einen verbesserten Zugang zu den Programmen der Wirtschaftsförderung erhalten.

Für diese Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung und den gezielten Einsatz der verfügbaren Mittel muss ein ressortübergreifendes Konzept entwickelt werden, mit dessen Verwirklichung das Land Bremen auch künftig und ungeachtet geringerer Mittel eine wirksame Strukturpolitik im Interesse von Unternehmen und Arbeitnehmern betreiben kann. Dabei ist vor dem Hintergrund der Problemlage ein Schwerpunkt auf den Strukturwandel in Bremerhaven zu legen.

Folgende Bereiche sind in diesem Sinne inhaltlich in den Mittelpunkt zu stellen:

- Steigerung der Effizienz und Transparenz der Wirtschaftsförderung
- Stärkung des Innovationsstandortes Bremen durch die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft
- Stärkung Bremens als zukunftsfähiger Industriestandort
- Nutzung der maritimen Potentiale durch den Ausbau und die Instandhaltung der Häfen sowie durch die Förderung der Seeschifffahrt und des Reederei-standortes Bremen
- Unterstützung von KMU
- Stärkung der Innenstädte in Bremen und Bremerhaven als Dienstleistungsbe-reiche

- Messförderung
- Weiterentwicklung des kohärenten Standortmarketings und Nutzung der Potentiale des Tourismussektors
- Gewerbeflächen
- Überregionaler Verkehr
- Nutzung der Potentiale der Umweltwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung

Die Positionen wurden auf der Klausurtagung des CDU-Landesvorstandes und der CDU-Bürgerschaftsfraktion am 15. September 2007 beschlossen.